

Avi Primor

Israel: Ein klares Wahlergebnis

Wer in diesen Tagen die Berichterstattung in den israelischen Medien verfolgt, bekommt den Eindruck eines unklaren und verwirrenden Wahlergebnisses. Die Bildung einer Koalition scheint infolgedessen so gut wie unmöglich, die zukünftige Richtung der israelischen Politik unberechenbar zu sein und die Verstimmung zwischen der israelischen Bevölkerung und der Politik immer tiefer zu werden.

Die zwei größten Parteien, also die, die am besten abgeschnitten haben, kommen gemeinsam auf weniger als 50 % der Stimmen, sie haben nur 55 von 120 Mandaten erhalten. Eine Partei, die weniger als ein Viertel der Stimmen erreicht hat, kann erst dann regieren, wenn sie eine Koalition bilden kann. In Israel würde heute nicht einmal eine »große Koalition« reichen. Die Koalition wird daher ein aus vielen Steinen bestehendes Mosaik sein müssen.

Und dennoch ist das Wahlergebnis eindeutig: Die Mehrheit der Israelis hat ihre Stimme ganz klar für eine bestimmte Politik abgegeben. Sie favorisiert die Hardliner-Ideologie und -Politik des rechten Lagers und möchte Benjamin Netanjahu als Ministerpräsidenten sehen, allerdings von verschiedenen Tendenzen beeinflusst. Und so wurden die Stimmen so verteilt, dass jede Tendenz innerhalb des rechten Lagers einen Anteil davon erhielt und damit den Wählern garantieren kann, dass Netanjahu unter dem »richtigen« Einfluss regieren wird. Fest steht, dass das rechte Lager insgesamt die absolute Mehrheit gewonnen hat, während das Zentrum und die linken Parteien gemeinsam mit weniger als 40 % der Stimmen aus den Wahlen hervorgegangen sind (in dem Koalitionsspiel zählen weder für die Rechten noch die Linken die arabischen Parteien, die insgesamt rund 9 % der Stimmen erhalten



Avi Primor

(* 1935) ist Direktor des Zentrums für Europäische Studien an der Privatuniversität IDC Herzliya, Israel und ehemaliger Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland

cschael@idc.ac.il

haben). Alle rechten Parteien haben der Bevölkerung im Wahlkampf klipp und klar ihre politischen Ziele und Absichten unterbreitet. Wenn es unter ihnen Meinungsverschiedenheiten gab, dann betrafen diese nur religiöse Fragen. Hinsichtlich der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde in der Wahlpropaganda die kapitalistische Theorie nicht in Frage gestellt, gerade so als gäbe es keine Weltwirtschaftskrise. Keine Meinungsverschiedenheiten gab es vor allem aber auch beim Thema Friedensprozess. Alle proklamierten, keine weiteren Zugeständnisse machen und keine Räumung von Gebieten und von Siedlungen durchführen zu wollen. Dies war also eine klare Ablehnung der Friedensverhandlungen, die die Regierung Olmert sowohl mit den Palästinensern als auch mit den Syrern geführt hat. Das Beste, das Netanjahu den Palästinensern bieten konnte, war ein so genannter »Wirtschaftsfrieden«, ein Schlagwort, das kein Mensch versteht und wahrscheinlich auch keine Bedeutung hat.

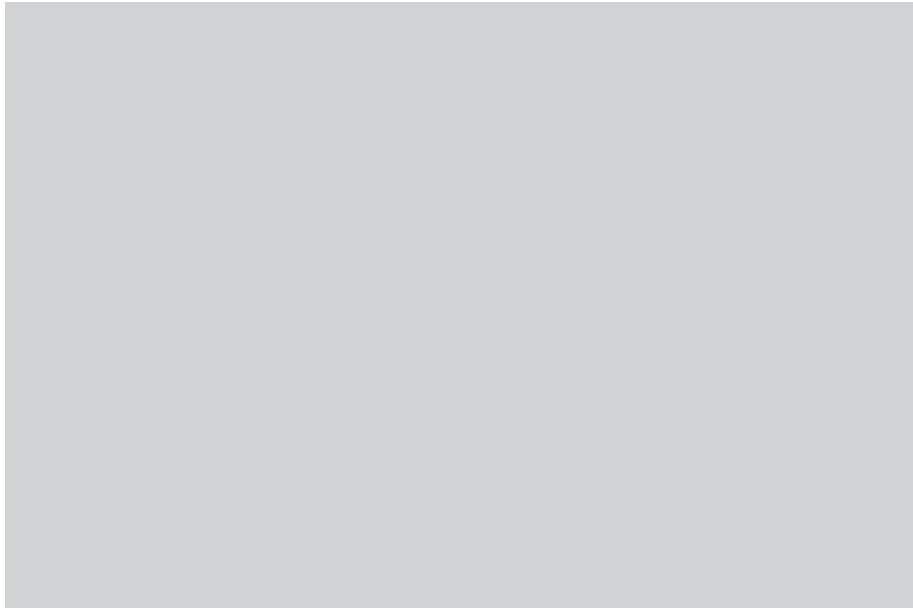
Netanjahu könnte also mit den Parteien, mit denen er einen gemeinsamen politischen Nenner hat, eine Koalition bilden, die im Parlament über eine komfortable Mehrheit verfügen würde. Genau das will er aber nicht, weil er sich selbst vor seiner eigenen Politik fürchtet. Wie alle seine Vorgänger aus dem *Likud*, die das Amt des Ministerpräsidenten innehatten, will auch er sich mit Politikern schmücken, die aus den Reihen der gemäßigten Parteien kommen und die seine Politik im Ausland verschleiern und maskieren können. Netanjahu weiß ganz genau, dass er mit seiner Politik nicht aus der Klemme des Kriegszustandes im Nahen Osten herauskommen wird – um es milde zu sagen. Noch bewusster ist ihm, dass er mit einer rein rechten Koalition in der Außenpolitik in große Schwierigkeiten geraten wird, da es zu Reibereien mit der Weltöffentlichkeit kommt. Vor allem muss er Probleme mit dem wichtigsten Unterstützer Israels, den Vereinigten Staaten, fürchten, wenn es auch immer noch nicht feststeht, welchen politischen Weg Obama im Nahen Osten beschreiten möchte.

Zusammenarbeit mit der Mitte

In der Vergangenheit ist es der *Likud*-Partei immer gelungen, für den Preis eines Resorts gemäßigte oder scheinbar gemäßigte Politiker anzulocken. Das könnte auch jetzt wieder der Fall sein. Heute wird um den Preis gefeilscht. Solange Netanjahu die von ihm angestrebte Mitarbeit der gemäßigten Elemente noch nicht für sich gesichert hat, werden die Koalitionsverhandlungen besonders schwierig aussehen, wenn auch nur scheinbar. Denn, sollte er es nur wollen, kann Netanjahu ja über eine Mehrheit im Parlament verfügen. Und das bedeutet, dass selbst dann, wenn er Partner aus dem gemäßigten Lager finden sollte, dies an der Richtung seiner Politik nichts ändern würde. Und das ist das klare Endergebnis der Wahlen.

Seit Jahren dokumentieren die Umfragen in Israel eine ganz andere Tendenz in der öffentlichen Meinung als eine Neigung zur rechten Ideologie. Wieder und wieder äußerte sich die große Mehrheit der Israelis zugunsten von Friedensverhandlungen, wieder und wieder proklamierten sie ihre Bereitschaft zu allen für einen Friedensvertrag erforderlichen Zugeständnissen. Das hat Ariel Scharon dazu gedrängt, den Gazastreifen zu räumen. Das hat Ehud Olmert dazu gedrängt, mit den Palästinensern und mit den Syrern ernsthaft zu verhandeln. Es war niemals der Druck aus dem Ausland, der Politiker wie Scharon und Olmert, die sich in der rechten Ideologie entfaltet haben, dazu gebracht hat, die Idee der Räumung von Gebieten und Siedlungen hinzunehmen. Vor Jahren sagte Schimon Peres halb im Scherz, es gebe in Israel keine öffentliche Meinung, in Israel gebe es nur eine öffentliche Stimmung. Und eine Stimmung ist leichter zu ändern als eine Meinung. Als Ehud Olmert zum Rücktritt gedrängt wurde und vorgezogene Wahlen erforderlich wurden, konzentrierte sich der öffentliche Diskurs auf wirtschaftliche und soziale Probleme und auf die Sauberkeit der Spitzenpolitiker, von denen mehrere in Korruptionsverdacht geraten sind. Unter den damaligen Umständen schien die unbescholtene, gemäßigte Politikerin Tzipi Livni die besten Chancen zu haben.

Am 19. Dezember kippte alles. An jenem Tag verkündete die *Hamas* das Ende des Waffenstillstandes und begann, die israelischen Dörfer und Städte entlang des Gazastreifens intensiv mit Raketen zu beschießen. Am 27. Dezember antwortete Israel mit dem Gazakrieg. Die Themen, mit denen sich die israelische Öffentlichkeit im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf beschäftigt hatte, wandelten sich. Korruption, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme sind fast in Vergessenheit geraten. Das ausschließliche Thema, das die Aufmerksamkeit bzw.



Ängste und Sorgen der Israelis nun auf sich zog, waren Sicherheitsfragen: Verteidigung, Krieg und Terrorbekämpfung. Wie immer unter solchen Umständen beflügelte auch diesmal die neue Stimmung das rechte Lager. Hinzu kam noch, dass die israelischen Araber – also die mehrheitlich moslemischen Palästinenser, die israelische Bürger sind und im israelischen Kernland leben – gegen den Krieg demonstrieren und gelegentlich sogar Slogans zur Unterstützung der *Hamas* skandierten. Avigdor Lieberman, der rassistische, rechts-extremistische Spitzenpolitiker der *Israel Beiteinu*-Partei, der die meisten Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion zuneigen, profitierte von der Situation, indem er eine Hetz- und Hasskampagne gegen die gesamte arabische Bevölkerung Israels lancierte, was ihm viele neue Stimmen einbrachte. Wer auch immer Israel nun regieren wird, wird es zwar nicht wagen, die Rechte der Araber Israels zu beeinträchtigen, aber die neue Stimmung, die das rechte Lager an die Macht gebracht hat, wird –

zumindest anfänglich – auch hinter dessen Politik in Sachen Friedensprozess stehen.

Rechte Regierung als Chance?

Wird also die neue israelische Regierung – wie immer auch die Koalition sich zusammensetzen wird – den gesamten Nahen Osten in eine Sackgasse treiben – wenn nicht noch schlimmer? Das wird von dem neuen amerikanischen Präsidenten entschieden werden. Sollte er die Absicht haben, die traditionelle amerikanische Politik gegenüber dem Nahen Osten fortzusetzen, d.h. dem Frieden viele leere Reden zu widmen ohne sich wirklich einzumischen, so würde das nicht nur den Friedensprozess zunichte machen, sondern sogar den Nahen Osten in einen neuen Krieg stürzen. Sollte er aber tatsächlich das tun, was er schon verkündet hat, nämlich »aggressiv« den Friedensprozess unterstützen bzw. vorwärts drängen, so könnte eine rechte israelische Regierung zum Vorteil werden.

Sollte eine gemäßigte israelische Regierung unter Obamas Druck geraten, würde sie zwischen dem Druck der Amerikaner und dem der militanten rechten Opposition zermürbt werden. Wenn sie auch den amerikanischen Druck unerbittlich zurückweisen wird, wird eine rechte Regierung die einzige Regierung sein, die letzten Endes den Amerikanern auch nachgeben wird. Wie jedermann in Israel weiß doch auch

sie, dass das Land vollkommen von den Amerikanern abhängig ist und einem echten Willen der Amerikaner keinen Widerstand leisten kann. Nur wird sie – anders als eine linke Regierung – damit in keine innerpolitischen Schwierigkeiten geraten, weil sie keine Opposition gegen einen Friedensprozess haben wird, denn die gemäßigte Opposition wird sich doch einem Friedensprozess nicht widersetzen.

Karin Priester

Die Priesterbruderschaft, die Politik und der Papst

Der vermeintliche Einzelfall des Bischofs Williamson, Mitglied der katholisch-traditionalistischen Pius-Bruderschaft, ist nur die Spitze eines Eisbergs. Seit Jahren ist die Nähe der Lefebvre-Anhänger zu autoritären Regimen und rechtsextremen Parteien bekannt. Papst Ratzinger stärkt mit seiner Entscheidung, die Exkommunikation von vier Bischöfen dieser Bruderschaft zurückzunehmen, die integralistisch-reaktionären Kräfte der katholischen Kirche.

Karin Priester

(* 1941) lehrt Soziologie an der Universität Münster.

priestek@uni-muenster.de



Zwanzig Jahre währte der Streit zwischen Rom und einer weltweit vernetzten katholischen Organisation mit rund 150.000 Anhängern um den französischen Erzbischof Marcel Lefebvre. 1970 hatte dieser als erklärter Gegner des Zweiten Vatikanischen Konzils die Priesterbruderschaft St. Pius X. gegründet. Schon während des Konzils (1962-1965) gehörte Lefebvre zu den Traditionalisten und stand damals gegen Kardinal Ratzinger, den heutigen Papst Benedikt XVI. Stein des Anstoßes dieser Kritiker war der »Modernismus«, der sich in dreifacher Form äußert: in der Liturgiereform, im neuen Katechismus und in der

Ökumene, die den katholischen Absolutheitsanspruch der Wahrheit relativierte. Von Politik war in den Debatten nicht die Rede, schien sich alles doch nur um die lateinische Messe und die Frage zu drehen, ob die Pius-Bruderschaft ein Schisma herbeigeführt hatte oder nicht.

Da fügte es sich *just in time*, dass einer der vier Priester, die Lefebvre 1988 gegen den Willen Roms zu Bischöfen geweiht hatte – der Engländer Richard Williamson – im November 2008 als Holocaust-Leugner von sich reden machte. Während Papst Ratzinger schon seit zwei Jahren Brücken zu den exkommunizierten schwarzen Schafen gebaut hatte, zeigte sich, dass diese so schwarz gar nicht sind, sondern von jener besonderen Brauntönung, die den Klerikalfaschismus auszeichnet.

Der Generalobere der Bruderschaft, Bernard Fellay, sprach von einem »unglücklichen« Auftritt Williamsons und dessen »persönlicher« Meinung. Von der deutschen Öffentlichkeit weniger bemerkt,